

EUROPA-ABEND 1991

Begrüßung durch AGA-Präsident von Möller

Sehr geehrter Herr Senator,
sehr geehrter Herr Dr. Schöll-Latour,
verehrte Gäste,
meine Damen und Herren

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich im Namen von Präsidium und Vorstand des AGA und danke Ihnen, daß Sie in so großer Zahl der Einladung zu unserem zweiten Europa-Abend gefolgt sind.

Das Interesse an der heutigen Veranstaltung überstieg unsere Erwartungen. Wir mußten deshalb die räumlichen Kapazitäten dieses Hauses bis zum Äußersten ausnutzen. Ich bitte Sie um Verständnis für die dadurch teilweise aufgetretenen Engpässe.

Wir freuen uns sehr über die Anwesenheit zahlreicher Repräsentanten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Bei uns sind heute abend Parlamentarier aus Straßburg und Hamburg, ranghohe Vertreter aus Politik und Verwaltung, der Gerichtsbarkeit, der Bundeswehr, des Bildungswesens, der Medien, aus befreundeten Verbänden und mehreren norddeutschen Industrie- und Handelskammern sowie nicht zuletzt viele Unternehmer und Führungskräfte aus unseren Mitgliedsfirmen. Sie alle heiße ich herzlich willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt den Mitgliedern des Deutsch-französischen Geschäftsleutekreises, der die heutige Veranstaltung gemeinsam mit dem AGA trägt. Unser Verhältnis zur AMICALE ist seit vielen Jahren besonders eng. Es lag also nahe, dem diesjährigen Europa-Abend einen besonderen deutsch-französischen Akzent zu geben.

Ein Europa-Abend in Hamburg wäre unvollständig ohne die Repräsentanten der hier tätigen Konsulate. Ich begrüße deshalb mit großer Genugtuung die Generalkonsuln aus
Dänemark
Frankreich
Großbritannien
den Niederlanden
der Schweiz
und Spanien
sowie die Leiter der Handelsmissionen Österreichs
und Ungarns.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr habe ich in meiner Begrüßung den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Mitterand erwähnt, eine Konföderation zu schaffen, die alle Staaten des Kontinents zusammenführt. Seitdem hat es in den europäischen Angelegenheiten viel Bewegung gegeben. Europa scheint in der Tat zum Dreh- und Angelpunkt weltpolitisch bedeutender Aktivitäten zu werden. Schon die Chronik der letzten Tage zeigt, mit welcher fast beängstigenden Dynamik um die Gestaltung Europas gerungen wird:

- Vor drei Tagen wurde der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag unterzeichnet. Dabei erklärte der polnische Ministerpräsident, daß er darin u. a. auch einen Schritt auf dem Wege Polens nach Europa sähe.

- Die schwedische Regierung hat am vergangenen Freitag beschlossen, die Aufnahme in die EG zu beantragen.

- Ebenfalls am vergangenen Freitag hat der tschechoslowakische Präsident Havel eine

Konferenz eröffnet, die sich mit den Möglichkeiten der Umsetzung des Mitterand-Plans für eine europäische Konföderation befaßt. Dabei lieferten sich die Anhänger eines "kleinen Europas" teilweise harte Auseinandersetzungen mit den Befürwortern eines Europas vom Atlantik bis zum Ural.

- Gestern und heute tagen in Berlin die Mitglieder der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und suchen nach neuen Strukturen, die Europa mit der Sowjetunion und Nordamerika verbinden sollen.

Bei all diesen Verhandlungen und Konferenzen geht es nicht zuletzt immer auch um eine Auseinandersetzung zwischen denen, die in nüchternen wirtschaftlichen Kategorien denken einerseits und den Verfechtern einer Vision von der politischen Zusammenführung aller geografisch und historisch zu Europa gehörenden Völker andererseits.

Meine Damen und Herren, wir erleben zur Zeit in Deutschland, wie mühsam es ist, das wieder zusammenzufügen, was zusammengehört und wie schwierig, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West auszugleichen. Das große Europa ist ein Fernziel. Auf dem Wege dahin wird die Wirtschaft noch einen wesentlichen Beitrag zu leisten haben, denn ohne solide wirtschaftliche Basis kann es auch keine politische Stabilität geben.

Der bisherige Einigungsprozeß in Europa ist von Politikern eingeleitet und dann im wesentlichen von der Wirtschaft vorangebracht worden. Diese Rolle des Wegbereiters wollen wir gern auch in Zukunft weiterspielen. Allerdings

brauchen wir dazu den Freiraum, in dem unternehmerische Initiative sich voll entfalten kann. Das wird in einem Klima des Zentralismus, der Bevormundung, der Subventionen und Interventionen nicht möglich sein.

Wir fordern deshalb immer wieder den beschleunigten Abbau aller bürokratischen Hemmnisse im Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und die Öffnung der Märkte für Waren aus Drittländern. Wir fordern ferner den Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen und eine stärkere Berücksichtigung des Mittelstandes bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

In diesem Sinne begrüße ich ein Arbeitsprogramm der EG-Kommission, das sich mit der Rolle und den Problemen des Handels auf dem Wege zum Binnenmarkt befaßt. Es sind einige sinnvolle Ansätze darin. So soll in Zukunft der Handel bei allen Aktivitäten der Kommission berücksichtigt werden, u. a. auf der Grundlage einer verbesserten Handelsstatistik, durch bessere Information der Unternehmen über Strukturveränderungen sowie durch Vereinfachung des innergemeinschaftlichen Zahlungsverkehrs.

Gleichzeitig schmerzt es mich, wenn in derselben Kommissions-Mitteilung der aus unserer Sicht falsche und abwertende Begriff "Zwischenhandel" auftaucht und festgestellt wird, daß der Großhandel als eigener Wirtschaftszweig kaum noch auszumachen sei. Meine Damen und Herren, allein das hier in diesem Saal vertretene Groß- und Außenhandelspotential müßte genügen, die Kommission von der Leistungskraft und Bedeutung unseres Wirtschaftszweiges zu überzeugen. An

diesem Beispiel wird deutlich, wie fatal Informationslücken sich auswirken können, weil die Politik dann eben ohne uns gemacht wird. Den Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft kann man wohl den Vorwurf nicht ersparen, daß sie ihre Aufklärungspflichten sträflich vernachlässigt haben.

Meine Damen und Herren, gestatten sie mir noch eine Anmerkung zum Thema "Europa" aus norddeutscher und Hamburger Sicht. Es wird zu recht gesagt, daß unsere Stadt nicht nur aus der deutschen Einheit großen Nutzen zieht, sondern daß wir auch im Gefolge der Norderweiterung der EG und des Zerfalls des RGW beachtliche wirtschaftliche Impulse erhalten werden. Die Worte Drehscheibe und Metropole in bezug auf Hamburg sind in diesem Zusammenhang reichlich benutzt worden.

Impulse können aber nur wirken, wenn sie richtig aufgenommen werden, sonst verpuffen sie. Wir haben den Eindruck, daß viele unserer Politiker zwar gern von den neuen Chancen Hamburgs und des Nordens sprechen, aber keineswegs bereit sind, die Voraussetzungen für deren Realisierung zu schaffen.

- Eine Drehscheibe zwischen Nord und Süd und Ost und West bedeutet mehr Verkehr auf Straße und Schiene, zu Wasser und in der Luft. Ein zukunftsorientiertes Verkehrskonzept für Norddeutschland fehlt, in Hamburg wird mehr darüber nachgedacht, wie Verkehr verhindert werden kann.
- In Hamburg war ein bedeutendes Großhandelszentrum geplant, das beispielhaft für ganz Deutschland gewesen wäre. Die Entscheidung

darüber hat man Harburger Kirchturmspolitikern überlassen. Die Folgen für das Ansehen Hamburgs als Wirtschaftsstandort sind noch nicht absehbar. Jedenfalls wird eine solche Politik in ganz Europa und darüber hinaus aufmerksam registriert.

- Metropolen ziehen erfahrungsgemäß Menschen an, vorausgesetzt sie finden Wohnraum, ein qualifiziertes und differenziertes Bildungs- und Ausbildungsangebot und ein insgesamt weltoffenes Klima vor. Auch auf diesen Gebieten besteht erheblicher Nachholbedarf.

Die Ausfüllung einer Metropolfunktion erfordert großräumiges, langfristiges Denken, Planen und Handeln. Mit Senatoren, die eine Hauptausfallstraße einen Tag lang sperren lassen, um dann darauf an einem Straßenfest teilzunehmen, werden wir nicht zu den führenden Metropolen im künftigen Europa gehören. Diese Herren sollten sich schnellstens in die Provinz verabschieden, bevor sie Hamburg zur Provinz machen.

Verlassen wir diese wenig erfreulichen Perspektiven und wenden wir uns dem Hauptthema des Abends zu.

Meine Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Dr. Scholl-Latour,
in den vergangenen drei Jahren haben in Europa Umwälzungen stattgefunden, von denen sicher mancher geträumt hat, aber niemand konnte ernsthaft hoffen, sie zu erleben.

Der Sozialismus hat seinen Bankrott erklärt.

Der Eiserne Vorhang wurde eingeschmolzen.

Der Antagonismus der beiden Weltmächte USA und UdSSR wird zunehmend von gemeinsamen Interessen verdrängt.

Ein halbes Jahrhundert der Angst und der wechselseitigen Bedrohung ist beendet.

Bei allen Problemen, die es noch zu lösen gibt, kann man heute wohl schon von einer Renaissance Europas, einer Besinnung auf seine Stärke in der Vielfalt sprechen.

Sind das die Grundlagen für eine glückliche Zukunft? Das ist die eine Frage, die ich mit unserem heutigen Thema verbinde.

In einer Welt, die sehr viel kleiner geworden ist, in der praktisch alles alle betrifft, kann auch Europa keine Nabelschau betreiben. Die Europäer werden mehr noch als bisher Verantwortung bei der Sicherung des Friedens in der Welt und bei der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen müssen.

Gehört dazu auch ein Beitrag zur Befriedung im Nahen Osten, einer Region, der wir uns besonders verbunden fühlen müssen? Kann die Auflösung jahrzehntelanger ideologischer und in gewisser Weise auch religiöser Gegensätze in Europa beispielhaft für die Lösung der Probleme im Vorderen Orient sein? Kann Europa eine Vermittlerrolle spielen? Das ist der zweite Fragenkomplex, den ich in das heutige Gespräch einbringen möchte.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Scholl-Latour, daß Sie zu uns gekommen sind und freuen uns auf Ihre Ausführungen.